

**„WIR SCHAFFEN EINEN NEUEN GEIST“
SOZIALISTISCHE BAUPOLITIK IN POTSDAM**

Carsten Dippel

Potsdam, jene ehemalige Residenzstadt vor den Toren Berlins, die aufgrund einer einzigartigen Symbiose aus Landschaft und Architektur zu den schönsten Barockstädten Europas zählte, lag durch einen erst in den letzten Kriegstagen erfolgten Bombenangriff zerstört am Boden. In einer einzigen Nacht im April 1945 wurden weite Teile des barocken Kerns in Schutt und Asche gelegt. Nach 1945 schien es das Gebot der Stunde zu sein, den einzigartigen Charakter der Stadt im Zeichen eines Neuanfangs wiederaufzurichten.

Mit dem Namen Potsdam verband sich stets, für Kritiker und Liebhaber gleichermaßen, auch ein „Mythos“. Durch den Handschlag zwischen Adolf Hitler und Paul von Hindenburg am 21. März 1933 vor der *Garnisonkirche*, jenem berühmten „Tag von Potsdam“, geriet in den Augen der im Osten Deutschlands an die Macht gelangten SED eine ganze Stadt zum Symbol einer unheilvollen Allianz zwischen „preußischem Junkertum“ und „Faschismus“. Für die SED ging es somit nicht nur um den Wiederaufbau einer kriegszerstörten Stadt, sondern zugleich um eine baupolitische Auseinandersetzung mit der *Vergangenheit*. Dem vielfach beschworenen alten „Geist von Potsdam“ sollte der neue „Geist von Potsdam“ entgegengesetzt werden, der sich, so das Postulat der SED, vor allem in der Potsdamer Konferenz widerspiegeln sollte. Die Auseinandersetzung mit dem „Mythos Potsdam“ sollte sich nicht zufällig vor allem auf baupolitischen Gebiet abspielen.

In der Schadensbilanz der Stadtverwaltung tauchten insbesondere das Stadtschloß, das Areal östlich des Schloßplatzes, Brücken sowie anliegende Häuser entlang des Kanals, das Gebiet um die Heiligegeistkirche sowie westlich und nördlich des Lustgartens gelegene Straßenzüge auf.¹ Zum Ergebnis des Krieges gehörte neben den Zerstörungen auch ein fundamentaler Wandel in der soziologischen Struktur der Bevölkerung. Vormalig eine vorwiegend von der Aristokratie, der Verwaltung und dem Militär geprägte Stadt, setzte nach 1945 ein Austausch der Eliten ein.

Aufgabe der ersten Nachkriegsverwaltungen war in erster Linie die Sicherung von beschädigten Gebäuden sowie die Trümmerbeseitigung. An eine konkrete Planung, geschweige denn an intensive Bauaktivitäten, konnte angesichts der drängenden ökonomischen und sozialen Probleme vorerst kaum gedacht

1 Die Heiligegeistkirche sowie das Schauspielhaus am Kanal wurden allerdings erst durch den sowjetischen Artilleriebeschuß am 25. April 1945 zerstört, die Garnisonkirche brannte durch explodierende Munition im benachbarten Langen Stall aus. Zur Schadensbilanz siehe u.a. Uta Hohn, *Die Zerstörung deutscher Städte 1940–1945*, Dortmund 1991, S. 138; Hans-Werner Klünner, *Potsdam so wie es war*, Düsseldorf³ 1992, S. 24, sowie Waltraud Volk, *Potsdam. Historische Straßen und Plätze heute*, Berlin² 1993, S. 90f.

werden.² Zunächst zielten die Initiativen der SED auf Veränderungen im kulturpolitischen Bereich. So sollte mit der Gründung verschiedener Lehr- und Forschungseinrichtungen Potsdam das Profil einer geistig und kulturell erneuerten Stadt verliehen werden.³ In deutlicher Abgrenzung zum „preußischen Militarismus“ sollten diese Institutionen das Postulat des „neuen Menschen“ in einer sozialistischen Wertegemeinschaft verkörpern. Doch ausgerechnet der traditionelle Charakter der „Kasernenstadt“, eines der wesentlichsten Elemente des „militaristischen“ Potsdam, sollte auf wundersame Weise selbst über ideologische Barrieren hinweg Bestand haben. Potsdam blieb bis zum Ende der DDR eine stark vom Militär geprägte Stadt, wozu vor allem die im Raum Potsdam massiv stationierten Truppen der Roten Armee beitrugen.

Das Hauptaugenmerk für die Umgestaltung Potsdams zu einer *sozialistischen* Stadt mußte zwangsläufig auf das alte Zentrum gerichtet werden. Zum ersten war es das vom Krieg am stärksten heimgesuchte Gebiet, was zwar enorme Probleme für die Besatzungsbehörden schuf, jedoch zugleich Perspektiven für völlig neue Planungskonzepte eröffnete. Unmißverständlich wurde von Beginn an deutlich gemacht, daß die Frage der städtebaulich-architektonischen Überwindung des preußischen Erbes ein Kernelement des „Klassenauftrags“ darstelle. Insbesondere das Knobelsdorffsche Stadtschloß, das Rathaus Boumanns oder die Garnisonkirche Gerlachs mußten jedoch auch für die Parteigänger einer neuen Kulturpolitik durchaus erhaltenswerte Kunstschatze darstellen. Immerhin lobte selbst die SED die meisterhafte Handwerkskunst des „schöpferischen Untertanen“, der im Gegensatz zu seinem herrschaftlichen Auftraggeber aus der Mitte des Volkes kam und dessen Fähigkeit somit für die spätere „Partei der Arbeiterklasse“ unbedingt zu würdigen war. Mit dieser argumentativen Gratwanderung versuchte die SED den Spagat zwischen Verdammung der preußischen Hinterlassenschaft einerseits und Anerkennung des baukünstlerischen Erbes andererseits. Eine Politik der Brüche, Widersprüchlichkeiten und rigorosen Kehrtwendungen war durch die ideologischen Implikationen vorbestimmt.

Zum zweiten war mit dem kriegsbedingten Eingriff in das Herz der alten preußischen Stadt die „Chance“ gegeben, die beiden Stadtteile Potsdam und Babelsberg stärker als bisher städtebaulich miteinander in Beziehung zu setzen. Aus der ideologisch gefärbten Perspektive habe das Stadtschloß als „feudalistischer Sperriegel“ ein Zusammenwachsen der beiden Stadthälften verhindert.⁴ Mit der Auflösung der alten Zentrumsfunktion sollte die Stadtplanung dem modernen Leben angemessenere Strukturen schaffen. Daß das erst 1939 eingemeindete Babelsberg vom eigentlichen Stadtzentrum stets etwas isoliert war, besaß für die SED eindeutig „klassenmäßige“ Ursachen: Die „Arbeiterhochburg“ Babelsberg sei absichtlich vom preußisch-aristokratisch geprägten Stadtteil Pots-

2 Potsdam war nicht zuletzt auch erheblich vom Flüchtlingsproblem betroffen.

3 Zur Entstehungsgeschichte der verschiedenen Einrichtungen vgl. Volk, Potsdam, S. 91f.

4 Vgl. Deutschland Archiv (DA) 10/1960, S. 534f.

dam außen vor gelassen worden. Ähnlich argumentierte man bezüglich einer stärkeren Anbindung der Einzugsgebiete Teltow und Werder.⁵

Potsdams besondere Lage machte eine gut durchdachte Verkehrsführung unbedingt notwendig. Die Stadt lag mitten an einer der wichtigsten Ost-West-Verbindungen Deutschlands und bildete damit einen bedeutenden Handels- und Verkehrsknotenpunkt zwischen der Metropole Berlin und dem Westen Deutschlands. Um dieser Stellung gerecht zu werden, banden alle Planungen bis zum Mauerbau die Verkehrsflüsse von und nach Berlin in ihre Konzepte entsprechend ein. Nicht zuletzt auf politisch-ideologischem Gebiet mußte sich so die Potsdamer Stadtplanung mit der engen Beziehung zu (West-)Berlin auseinandersetzen.

Gemäß den Richtlinien der 1950 verabschiedeten „Sechzehn Grundsätze des Städtebaus“ enthielten die Entwürfe der ersten Wettbewerbe die wesentlichen Kernelemente des „nationalen“ Weges in der Baupolitik.⁶ Prinzipiell wurden bereits verschiedene Ideen der Zentrumsgestaltung durchgespielt, jedoch war die eindeutige Tendenz zur Bewahrung wichtiger historischer Gebäude in ihrer räumlichen Struktur noch erkennbar.⁷ Bemerkenswert war die Beibehaltung der originalen Struktur des Straßennetzes als eines grundlegenden stadtbildprägenden Charakters sowie die Integration eines rekonstruierten Stadtschlusses in das neu zu entwickelnde „sozialistische Ensemble“. Dieses orientierte sich in seiner Formensprache zwar an der typischen Ornamentstruktur und Ausdrucksweise des „Sozialistischen Realismus“, blieb jedoch in seinen Dimensionen an die historische Umgebung angelehnt. Die historisch wertvollen Bauten waren vergleichsweise „harmonisch“ in das Konzept, das einen zentralen Platz für politische Demonstrationen vorsah, eingefügt.

Die Entwürfe zeigen sehr deutlich, daß sich die Interpretation des „Erbes“ trotz aller verbalen Schärfe mit der Übernahme architektonischer Zeugnisse aus der Epoche des „Feudalismus, Imperialismus und Faschismus“ durchaus vertragen konnte – wenn auch nur in einem für die neue Macht entsprechenden Interpretationsrahmen. Die vorläufige Bejahung des Stadtschlusses war allerdings auch auf die katastrophale ökonomische Ausgangslage zurückzuführen. In einem Augenblick drängender organisatorischer und finanzieller Probleme schien es wenig angebracht, ausgerechnet über ein solch gewaltiges Projekt – Abriß oder Wiederaufbau gleichermaßen – schnellstmöglich zu entscheiden.

Die vorläufige Wahrung historischer Substanz wurde allerdings von zwei gegenläufigen Tendenzen begleitet. So wurde einerseits mit großem Pathos der Aufbau der „ersten Barockstraße der DDR“ beschworen: Im Frühjahr 1953 baute man die durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogene Wilhelm-Staab-

5 Vgl. IRS-S, P-I, Mappe: Erläuterungsbericht Zentrum, S. 4.

6 Vgl. „Wettbewerb 1952“; IRS-S, P-I, Mappe: Potsdam zentraler Bezirk 1952. Dazu auch Christina Emmerich-Focke, Stadtplanung in Potsdam 1945–1990, Potsdam 1999, S. 54ff.

7 Das „Stadtbebauungsprojekt IVb“, das sich am ehesten an der historischen Struktur orientierte, wurde vom Publikum eindeutig favorisiert. Vgl. Emmerich-Focke, Potsdam, S. 47ff.

Straße (früher: Hoditzstraße) durch eine Verknüpfung historischer Fassaden mit modernem Innenausbau wieder auf.⁸ Immerhin sei hier die besonders ästhetische Fassadengestaltung erhalten, zugleich aber ein an den Bedürfnissen des „sozialistischen Menschen“ orientierter Wohnungsbau, der die Unzulänglichkeiten der barocken Innenstruktur aufhebe, garantiert.

Kontrastiert wurden diese Entwicklungen andererseits aber durch die bereits seit der ersten Wettbewerbsphase bestehenden intensiven Bestrebungen, dem Stadtkern, gemäß der ihm zugesprochenen politischen Rolle in den „Sechzehn Grundsätzen“, eine neue gesellschaftspolitische Funktion durch entsprechende städtebauliche Raumbilder zuzusprechen. Dabei stand die noch immer zentrumsbeherrschende Schloßruine dem Ansinnen der Machthaber ideologisch und räumlich schlicht im Wege.

Angesichts eines 1954 eingeleiteten radikalen Kurswechsel in der Baupolitik war es dann jedoch schwer vorstellbar, daß sich das Konzept des „Sozialistischen Realismus“ noch in konkreten Entwürfen niederschlagen würde. In den eingereichten Entwürfen der dritten Wettbewerbsphase 1957/58 war denn auch das Stadtschloß zwar im Grundriß noch erhalten, wurde jedoch bereits von neu geplanten Gebäuden überschritten. In internen Verlautbarungen wurde ohnehin schon längst kein Hehl mehr daraus gemacht, daß das „feudalistische“ Überbleibsel kaum Überlebenschancen haben würde.⁹ Allerdings blieben in den Entwürfen sowohl der Stadtkanal als auch die dominierenden Kirchen im wesentlichen unberührt. Die sich anbahnende, tiefgreifende Veränderung bezog sich damit zunächst tatsächlich nur auf den direkten Zentrumsbereich um den Alten Markt und den ehemaligen Lustgarten des Stadtschlösses. Der Neu- bzw. Umbau der Langen Brücke 1958 bezog zwar zunächst trotz veränderter Position das Stadtschloß mit ein, setzte aber bereits ein Signal für den Perspektivenwechsel bezüglich des Stadtzentrums und schuf damit letztlich eine Tatsache, die auf die Beseitigung der Schloßruine abzielte.¹⁰

Neben der Betonung des Zentrums zielten die Bemühungen des ersten Aufbaujahrzehnts bereits auf den als äußerst wichtig eingeschätzten Bereich des innerstädtischen Wohnungsbaus. Mit der Wende zum industrialisierten Wohnungsbau ab Mitte der 50er Jahre wurde diesen Planungskonzepten völlig neue Perspektiven eröffnet. Zum Experimentierfeld bot sich dafür das Areal um die Französische Kirche an. Auch hier waren die Kriegszerstörungen immens. Die Straßen um die Kirche lagen in einem infrastrukturell wichtigen Bereich und immerhin nahe genug am Zentrum, um hier explizit den politisch intendierten Auftrag, neue „Wohneinheiten“ zu schaffen, wirkungsvoll umzusetzen. So begann man 1959 mit dem Abriß der beschädigten – allerdings durchaus aufbaufä-

8 Siehe dazu Volk, Potsdam, S. 210f.

9 Vgl. Emmerich-Focke, Potsdam, S. 21f.

10 Vgl. auch „Die Planung des Stadtzentrums von Potsdam“, Prof. Hans Schmidt (DBA, Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst); DA 3/1961, S. 153.

higen – Häuser in der Französischen Straße (neu: Joliot-Curie-Straße).¹¹ An der Stelle der alten Bürgerhäuser wurden nun Wohnbauten in Blockbauweise errichtet, womit das gesamte Gebiet zwischen dem Platz der Einheit und der Joliot-Curie-Straße einen völlig veränderten Charakter erhielt.¹² Im Heiligegeistviertel wurden bereits seit 1957 die ersten Wohnbauten neuen Stils errichtet.¹³ Damit hielten die Prinzipien des industrialisierten Wohnungsbaus Einzug in die alte Barockstadt. Ein wichtiges Element zu seiner Durchsetzung war dabei die vielfache Aufhebung des Denkmalschutzes.¹⁴ Zudem wurden hier bereits ohne erkennbare technische oder ökonomische Zwänge die traditionellen Straßenfluchten negiert und die Neubauten entlang einer veränderten Linie errichtet.¹⁵

Im Brennpunkt der Auseinandersetzung um die Umgestaltung Potsdams blieb die Frage nach Erhalt oder Abriß der Stadtschloßruine. Bis diese 1960 gesprengt wurde, gab es eine mehr als zehnjährige Diskussion, die immer auch die Widersprüchlichkeit der Entscheidungsprozesse der 50er Jahre widerspiegelte. Obwohl von Beginn an der politische Wille zur Beseitigung des verhaßten Objektes zu erkennen war, betrachteten die Planungen der 50er Jahre dennoch das wiederaufgebaute Stadtschloß als integralen Bestandteil eines umgestalteten Potsdams. Allerdings hatte es bereits seit 1948 Abbrüche an der Ruine gegeben, womit sie einer permanenten, fast unmerklichen Schleifung ausgesetzt war.¹⁶

Bereits zu Beginn der Diskussionen zum Umgang mit der Schloßruine bildeten sich zwei Fraktionen heraus: auf der einen Seite Befürworter eines Schloßerhalts, meist Personen mit Fachkompetenz, auf der anderen Seite die Stadtschloßgegner, zumeist SED- oder auch FDJ-Vertreter. Die Ablehnungsfront war gleichwohl nicht immer klar gezogen. So wunderte sich ausgerechnet die SMAD über das Ansinnen, das Schloß abzureißen.¹⁷ Dabei kamen die meisten Gutachten und Stellungnahmen zu dem eindeutigen Schluß, daß die Ruine des Stadtschlösses, trotz ihres miserablen Zustandes, zumindest in Teilen wiederaufbaufähig wäre. Die Kosten eines Aufbaus würden sich zudem mit denen eines Abrisses in etwa decken.¹⁸ Damit war den Stadtschloßgegnern zunächst ein wichtiges Argu-

11 Die Französische Straße wurde am 28.8.1959, nur wenige Monate nach dem Beginn der Neubebauung, in Joliot-Curie-Straße umbenannt.

12 Aufgrund der technischen Voraussetzungen war insbesondere in Innenstadtbereichen die Bauweise, vor allem bezüglich ihrer Dimension, völlig dem großformatig vorgegebenen industriellen Bauen unterworfen. Vgl. Thomas Hoscislawski, *Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR*, Berlin 1991, S. 179ff.

13 Vgl. DA 6/1957, S. 306f., sowie Emmerich-Focke, *Potsdam*, S. 71ff. Diese Blockbauten gehörten allerdings zu den ersten Serien des Typenbaus, die sich deutlich von den späteren „Plattenbauten“ unterschieden. Vgl. dazu Hoscislawski, *Bauen zwischen Macht und Ohnmacht*, S. 153ff.

14 Nach einer 1958 getroffenen Vereinbarung des Instituts für Denkmalpflege mit der Stadt Potsdam. Vgl. Emmerich-Focke, *Potsdam*, S. 84.

15 Vgl. dazu DA 12/1959, S. 665.

16 So wurden beispielsweise Gesteinsplatten für den Bau des Ernst-Thälmann-Stadions auf dem Gelände des ehemaligen Lustgartens entwendet. Vgl. Emmerich-Focke, *Potsdam*, S. 14.

17 Vgl. ebd., S. 19, sowie Wolf Jobst Siedler, *Abschied von Preußen*, Berlin ²1998, S. 55.

18 Vgl. Hans-Joachim Giersberg, *Das Potsdamer Stadtschloß*, Potsdam 1998, S. 109.

ment aus der Hand genommen. Der abrupte Wandel in der Baupolitik mit der Aufgabe des Konzepts vom „Nationalen Bauen“ schien solchen Überlegungen jedoch ein Ende zu bereiten. Zwar sprachen sich sowohl eine Mehrheit der Potsdamer im Zusammenhang einer Ausstellung zur Stadtentwicklung 1954 als auch der Kulturbund 1956 für den Erhalt des Schlosses aus, jedoch ist seit 1956 die interne Absicht, das Schloß zu beseitigen, klar erkennbar.¹⁹ In einer auf einem Beschluß des Politbüros basierenden Entscheidung vom 13. November 1959 votierte die Stadtverordnetenversammlung schließlich für den Abriß der Schloßruine; die Spreng- und Abbrucharbeiten dauerten vom Januar bis Juli 1960. Zeitgleich wurde auch das Schiff der Heiligegeistkirche gesprengt.²⁰

Im Zuge der ersten Wettbewerbsphase nach der Schloßsprengung wurden weite Teile des Zentrums- und Innenstadtbereiches einer umfassenden Bebauungsplanung freigegeben. Mit der „Öffnung“ des Raumes an der Stelle des ehemaligen Schlosses wurde dem Zentrum nicht nur das prägende Bild genommen, sondern auch die Grundlage für völlig neue Planspiele geschaffen. Mit dem Schloßabriß fiel schließlich auch die Bedeutung der alten, auf das Schloßareal zulaufenden Straßen weg. Durch den schließlich zwischen 1971 und 1974 ausgeführten Bau der *Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek* erhielt die historische Straßenflucht ein völlig neues Gepräge. Ausgehend von der neuen *Langen Brücke* führte nun quer über das Gelände des ehemaligen Schlosses eine Kreuzung mit zwei Verkehrstangenten. Doch auch weitere gewachsene Gebäudefluchten und Straßenzüge des direkt an den *Alten Markt* angrenzenden Areals wurden radikal verändert, womit der altbekannte Zuschnitt völlig verlorenging.

Als deutlicher Kontrast erschien dagegen die Gestaltung des Ensembles am *Alten Markt* durch den 1960 beschlossenen Wiederaufbau des Gebäudekomplexes *Altes Rathaus* und *Knobelsdorff-Haus* zur Einrichtung eines Kulturhauses „Hans Marchwitza“.²¹ Dieses ehrgeizige und schließlich 1965 fertiggestellte Projekt zeigte die ganze Widersprüchlichkeit der sozialistischen Baupolitik auf: Die stark zerstörten Gebäude mußten keinem Neubau weichen, sondern wurden mit hohem Aufwand äußerlich originalgetreu rekonstruiert und gleichzeitig im Inneren vollkommen neu gestaltet.²² Mit dieser erfolgreichen Symbiose zwischen Historischem und Modernem wurde eindrücklich dokumentiert, daß selbst die sozialistische Interpretation des „historischen Erbes“ mit einer Bewahrung der originalen Gestalt durchaus vereinbar war.²³ Als Pendant zum Kulturhaus „Hans Marchwitza“ war eine neu gebaute Festhalle auf dem Gelände des ehe-

19 Vgl. Emmerich-Focke, Potsdam, S. 22.

20 Vgl. IRS-S, P-I, Mappe: Schriftverkehr, Rat der Stadt Potsdam, 24.10.1960, S. 1.

21 In den Planungen wurde wahlweise auch von einem „Klubhaus“ gesprochen. Vgl. DA 2/1962, S. 91. Zum Kulturhaus vgl. auch S. H. Begenau, Das Kulturhaus „Hans Marchwitza“ in Potsdam. Ein historisches Gebäudeensemble erhält neuen Inhalt, in: *Bildende Kunst* 9/1966, S. 475–479.

22 Ergänzt werden sollten die beiden historischen Gebäude durch einen verbindenden Neubau. Siehe dazu DA 2/1962, S. 91 sowie DA 12/1966, S. 750.

23 DA 12/1966, S. 749.

maligen Stadtschlosses geplant. Die Festhalle wurde als Mehrzweckgebäude konzipiert, in welchem neben Kongressen, kulturellen Massenveranstaltungen auch Tanzsäle und ein Filmtheater untergebracht werden sollten.²⁴ Der gesamte Komplex sollte durch den Bau eines als Hotel konzipierten Hochhauses als bestimmender Dominante am Fuße der Langen Brücke sowie den Raum zur Havel hin funktional ergänzenden „Ufergaststätte“ vervollständigt werden.

Für die Planung des Zentralen Platzes hatte es 1960 und 1965 zwei neue Wettbewerbe gegeben.²⁵ Mit den bereits vollzogenen massiven Umwandlungen der vorangegangenen Jahre waren die Prämissen für die Wettbewerbsteilnehmer klar umrissen. Aufgabe war es, dem historischen Kern eine neue Funktion und Identität zukommen zu lassen. Nun fand vor allem die angestrebte Wohnraumherstellung durch industrielle Fertigung das Interesse der Planer. Die Blockbauweise mit ihrer starren Monotonie löste somit im zentralsten Bereich der Stadt das traditionelle architektonische Erscheinungsbild auf, was zwangsläufig mit den Stellungnahmen der Denkmalschutzbehörden kollidieren mußte. Die Interventionsmöglichkeit der Fachleute konnte sich dabei lediglich noch auf die Inventarisierung historischer Straßen und Bauwerke beschränken.

Einen tiefen Einschnitt für diese Planungsphase stellte der Mauerbau dar. Mehrere Kilometer im innerstädtischen Bereich des einstigen „Grenzgebietes“ wurden nun zu direktem „Sperrgebiet“. Neben den Auswirkungen auf die Verkehrsplanung war damit auch ein erheblicher ideeller Bedeutungswandel verbunden. Die Stadt am Südwestrand von Berlin galt nicht mehr länger als „Frontstadt“ in einer permanenten Auseinandersetzung mit dem „imperialistischen Feind“ West-Berlin, sondern erfüllte nun zunehmend die Rolle eines „Schaufensters“ des Sozialismus.

Von einer umfassenden Realisierung der Entwürfe zur Gestaltung eines sozialistischen Zentrums sah man jedoch ab. Auf den ersten Blick mag das verblüffen, jedoch läßt sich anhand der bis dahin vollzogenen Bauentwicklung ablesen, wie wenig mit den Ideen der Wettbewerbe ein schlüssiges *gesamtstädtisches* Konzept verbunden war. Mit großem Pathos wurde einerseits die Umgestaltung des Rathaus-Komplexes realisiert, andererseits kam ausgerechnet der Bereich des geplanten Kulturforums über eine Entwurfsphase nie hinaus. Der stadträumliche und ideelle Bedeutungsverlust des ehemaligen zentralen Bezugspunktes der Stadt wurde offenbar vollkommen unterschätzt.²⁶ Die Unfähigkeit, auf der Grundlage der historischen Struktur etwas Neues zu gestalten, wurde durch die Alternativlosigkeit der anzuwendenden Bauweise zudem noch gefördert. Mit der durch die industrielle Fertigung der Bauelemente vorbestimmten Dimension war eine an den lokalen Gegebenheiten orientierte „harmonische“ Symbiose zwischen zu erhaltenderer Altbausubstanz und Neubauten kaum realisierbar. Ironi-

24 Vgl. DA 2/1962, S. 88.

25 Zum Entwurf der Festhalle vgl. DA 2/1962, S. 87ff.

26 Vgl. DA 3/1961, S. 153.

scherweise wurde ausgerechnet die durchaus gelungene Lösung des Kulturhauses am Alten Markt als Errungenschaft *sozialistischer* Stadtbaukunst gefeiert.²⁷

Bezeichnenderweise erlangte mit einem erneuten Wettbewerb 1965/66 der sogenannte *Innenstadtbereich*, ein vom Krieg weitgehend verschont gebliebenes Areal, das Interesse der Planer.²⁸ Dieser Perspektivenwandel machte offenkundig, daß die bisherige Zentrumsplanung anscheinend in eine Sackgasse geraten war. In der Wettbewerbsausschreibung waren Vorschläge zur Bebauung des zentralen innerstädtischen Bereichs zwischen dem *Kanal*, dem *Nauener Tor* und dem *Brandenburger Tor* gefragt. Einbezogen war auch das architektonisch einmalige *Holländische Viertel*. Die eingereichten Entwürfe sahen derart radikale Einschnitte in die bestehende Struktur der Innenstadt vor, daß eine Realisierung der zweiten barocken Stadterweiterung das historisch gewachsene Gesicht genommen und es durch eine sozialistische Hochhausarchitektur ersetzt hätte.²⁹ Allerdings gingen diese radikalen Ideen anscheinend selbst der Jury zu weit. Prämiert wurden statt dessen Entwürfe, die sich immerhin an die historischen Straßenfluchten hielten und wenigstens teilweise die Altbebauung bewahrten. Zu einer Realisierung der prämierten Entwürfe des „Wettbewerbs Innenstadt“ kam es indes nie. Emmerich-Focke geht davon aus, daß die vor allem von der Bezirksleitung der SED favorisierte Umgestaltung am „inneren Widerstand“ der Stadt gescheitert sei.³⁰

Die zunehmende Konzentration auf den Innenstadtbereich zeigte, daß für den sensiblen Bereich des Zentralen Platzes keine Lösung gefunden worden war. Dennoch wurden auch in der zweiten Hälfte der 60er Jahre weitere radikale Einschnitte innerhalb des alten Zentrums vollzogen, die schließlich mit der Sprengung der Garnisonkirche im Frühsommer 1968 die ideologische Auseinandersetzung mit dem „preußischen Erbe“ zu einem vorläufigen „Höhepunkt“ führte. Zum andauernden „Kahlschlag“ im barocken Zentrum zählte aber insbesondere auch die mehrere Jahre dauernde Zuschüttung des noch verbliebenen *Stadtkanal*.

Bereits in einer Sitzung des *Aufbau-Komitees* vom Oktober 1960 stand die Erhaltung des die Stadt prägenden Kanals nicht mehr zur Diskussion, gleichwohl er erst zwischen 1964 und 1971 geschlossen wurde.³¹ Aufgrund des miserablen qualitativen Kanalzustands wurde in der Bevölkerung bereits seit langem eine

27 Vgl. z.B. DA 12/1966, S. 748f.

28 Vgl. auch ebd. (DA 8/67, S. 504). Mit „Innenstadt“ wurde das Gebiet nördlich des Kanals (der 2. Stadterweiterung) bezeichnet, demgegenüber die südliche Seite das „Zentrum“ bildete.

29 Zu den Entwürfen siehe DA 10/1966, S. 603ff.

30 Vgl. ebd., S. 149.

31 „Protokoll über die 2. Beratung des Komitees für den Aufbau des Stadtzentrums Potsdams am 31. Okt. 1960; Potsdam 12.11.1960“, S. 3; IRS-S, P-I, Mappe: Schriftverkehr. In einer Sitzung des Rates der Stadt Potsdam am 3. Mai 1962 war eine Zuschüttung des Kanals bereits Tagesordnungspunkt. Erste Zuschüttungen hatte es allerdings bereits 1961 im Zuge der Sprengung der *Nauener Brücke* gegeben. Vgl. ebd., S. 19.

leidenschaftliche Kontroverse über das Für und Wider einer Zuschüttung ausgefochten.³² Über lange Zeit wurde an Konzepten gearbeitet, die eine Reinigung und technische Überholung des Kanals zur Qualitätsverbesserung vorsahen. Diese Überlegungen griffen ähnlich geführte Debatten der Vorkriegszeit wieder auf.³³ Insofern erscheint die Zuschüttung des Kanals in den 60er Jahren nicht von vornherein eine rein politisch motivierte Aktion gewesen zu sein. Trotzdem machen die Äußerungen seitens der SED deutlich, daß auch diese Beseitigung ein wesentliches Element im Kampf gegen das preußische Bild der Stadt war. Der Kanal hatte Potsdam beinahe zwei Jahrhunderte geprägt und verlieh mit seinen Brücken und den umliegenden Häusern dem „preußischen“ Barock Potsdams einen ausgesprochen reizvollen Charakter.

Eine starke Beeinträchtigung erfuhr das alte Stadtbild neben der Preisgabe des Kanals auch durch den Verlust der ihn überspannenden und zum Teil kunsthistorisch sehr wertvollen Brücken. Auch die Zerstörung des *Berliner Tores*³⁴, des *Neustädter Tores*, des *Kellertores* sowie der sogenannten *Kanaloper*, des gegen Ende des 18. Jahrhunderts von Boumann erbauten *Schauspielhauses*, muß im Zusammenhang mit der Zuschüttung des Kanals erwähnt werden.³⁵

Nahezu die gesamte südliche Bebauung des Kanals fiel den fortwährenden Abrißarbeiten zum Opfer, an deren Stelle schließlich die Wohnkomplexe des „Zentrums Süd“ entstanden. Ebenso beseitigt wurden auch die meisten Ruinen auf der nördlichen Seite zwischen der Hauptpost und der ehemaligen Burgstraße. Der Kontrast zwischen den wenigen noch erhaltenen Bauten entlang des zugeschütteten Kanals und den „sozialistischen Wohnkomplexen“ im Zentrumsbereich konnte kaum stärker ausfallen.

Angesichts der ideologisch bestimmten Bau- und Planungspolitik erscheint es beinahe paradox, daß ausgerechnet die Ruine der Garnisonkirche sämtliche Wettbewerbsphasen bis zum Ende der 60er Jahre überdauern konnte, obwohl das Stadtschloß, der Kanal und andere barocke Bauten längst beseitigt waren. An der Ruine der Garnisonkirche wurden sogar noch bis kurz vor ihrem Abriß Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Unter Fachleuten galt die Garnisonkirche als unverzichtbar für einen gelungenen Wiederaufbau. Da das barocke Zentrum ein kunsthistorisch bedeutsames, in sich geschlossenes Ensemble darstellte, mußte der Verlust des Stadtschlusses und die massiven Eingriffe in die historisch gewachsene Struktur auch den Erhalt der Garnisonkirche gefährden. Die ihr beigemessene ideologisch überfrachtete Bedeutung als „Bollwerk des preußisch-faschistischen Militaristenklüngels“ ließ die Beseitigung zudem als

32 Vgl. ebd.

33 Erwägungen, den Kanal zuzuschütten, schlugen sich auch in ersten Schadensbilanzierungen der frühen Nachkriegsjahre nieder. Vgl. ebd., S. 16ff.

34 Das Berliner Tor wurde allerdings bereits 1952 aus „verkehrstechnischen Gründen“ abgerissen.

35 Das durch den Krieg stark beschädigte Schauspielhaus wurde trotz Bedenken der Denkmalbehörde 1966 abgerissen.

Akt sozialistischer Genugtuung und Beweis der Überlegenheit des „neuen Geistes“ von Potsdam erscheinen.

Am 22. Juni 1967 war Walter Ulbricht zu Besuch in der Bezirkshauptstadt, bei dem er mit bemerkenswerten Worten „Kritik“ an der bisherigen Baupolitik in Potsdam übte und sich dabei nicht scheute, seine ganz persönlichen „Vorschläge“ den Genossen vor Ort zu unterbreiten.³⁶ Folgenswer waren vor allem seine geäußerten Wünsche zur Beseitigung der Überreste der Garnisonkirche, konnte es doch eine gegen seinen Willen gerichtete Bewahrung des Bauwerkes kaum noch geben. So gesehen, erscheint es als logische Konsequenz, daß im Juni 1968 mit der Sprengung der Ruine der Garnisonkirche – letzte Bedenken der Denkmalbehörde wurden auch hier ignoriert – begonnen wurde. Der konkrete Beschluß zur Sprengung der Garnisonkirche³⁷ wurde schließlich damit gerechtfertigt, daß an ihrer Stelle ein *Rechenzentrum* – explizit als Ausdruck der sich zur „Metropole von Wissenschaft, Kunst und Kultur“ entwickelnden Stadt – entstehen sollte, womit die noch im Frühjahr 1968 durchgeführten Instandsetzungsmaßnahmen an der Kirchenruine faktisch längst obsolet geworden waren.³⁸

Die Sprengung der Garnisonkirche markierte nochmals einen Höhepunkt in der rigorosen Auseinandersetzung der SED mit dem „Mythos Potsdam“. In gewissem Sinne kann dies auch als eine der letzten „anti-preußischen“ Handlungen Ulbrichts gewertet werden. So sehr die Sprengung des verhaßten Bauwerkes die Beseitigung des preußisch-barocken Erbes in Potsdam „abrundete“ – nach dem Schloßabriß, der Kanalzuschüttung und der vehementen Strukturumwandlung – war die sozialistische Umgestaltung damit längst nicht beendet. Das *sozialistische* Gesicht der Bezirksstadt konnte erst in den nachfolgenden Jahren seine volle „Entfaltung“ finden. Besonderes Augenmerk galt der weiteren Ausgestaltung des „Zentrums Süd“, der Umgestaltung der Wilhelm-Külz-Straße in eine „sozialistische Magistrale“, der Bebauung des Brauhausberges, der Erschließung des „Zentrums Ost“ sowie dem Ausbau der Wohnkomplexe am Stadtrand. Betrafen die vorangegangenen Maßnahmen vor allem die Zerstörung barocker Bauensembles, galt es nun, neben der radikalen Umwandlung der Gebäudefluchten- und Straßenstruktur dem sozialistischen Potsdam mit markanten Dominanten Ausdruck zu verleihen. Davon ausgehend, sollte vor allem mit dem Bau eines „Hochhausringes“ um das alte Zentrum ein Wahrzeichen der „sozialistischen Großstadt“ gesetzt werden. Die weitere Ausgestaltung zur „sozialistischen Bezirksstadt“ erschien vor allem deshalb so dringend, weil zum 20. Jahrestag der DDR die „gelungene“ Wandlung Potsdams von der ehemaligen preußischen Garnisonstadt zur „sozialistischen Metropole von Wissenschaft, Kunst und Kultur“ wenigstens in Ansätzen der (Welt-)Öffentlichkeit präsentiert werden sollte.

36 Im *Neuen Deutschland* wurde Ulbricht mit den Worten zitiert: „Solche Betonklötze [die vorherigen Entwürfe] wirken langweilig.“ Sie führten dazu, „daß Potsdam wie irgendeine andere Stadt in der DDR, in Westdeutschland oder in einem anderen Land aussieht“. ND, 24.6.1967, S. 3.

37 Der Bau des Rechenzentrums auf dem Gelände der Garnisonkirche wurde bereits im Februar 1968 beschlossen.

38 Vgl. Emmerich-Focke, Potsdam, S. 174f.

Immerhin war nach einer zwanzigjährigen Bau- und Planungspraxis noch längst kein schlüssiges Gesamtkonzept realisiert worden – im Prinzip noch nicht einmal ein genuin *sozialistisches*.

Als Kontrast zum Alten Markt sollten gemäß den Entwürfen des mittlerweile siebenten Zentrumswettbewerbes 1968/69 an der Neustädter Havelbucht – unweit der abgerissenen Garnisonkirche – Punkthochhäuser entstehen, die weithin sichtbar als Wahrzeichen der „sozialistischen Bezirksstadt“ gedacht waren. In diese, die Silhouette der barocken Stadt völlig verändernde Höhenstruktur paßte die Garnisonkirche mit ihrem markanten Turm, ebenso wie am anderen Ende des Zentrumsbereichs die Heiligegeistkirche, weder politisch-ideologisch noch im Sinne einer *sozialistischen* Ästhetik.

Mit dem Bau des „Interhotels“ am Fuße der Langen Brücke geriet man endgültig von einer Gesamtlösung für den Zentralen Platz der Stadt ab. Es ersetzte letztlich sogar die Planungen zur zentralen Festhalle, wenngleich die Bedeutung des „Karl-Liebknecht-Forums“ immer noch herausgestrichen wurde.³⁹ Man schuf so eine Dominante, die die Funktion des barocken Zentrums einerseits zwar endgültig auflöste, andererseits aber die Vision einer *sozialistischen* Zentrumsgestaltung im Prinzip ad absurdum führte.

Die langfristig bedeutsamste Veränderung erfuhr der direkte Zentrumsbereich schließlich durch den Bau der *Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek*. Mit diesem Gebäude wurden sowohl die originalen Straßen- und Gebäudefluchten nördlich des Alten Marktes beseitigt, als auch die alte stadtraumbildende Funktion des zentralen Areals durch die Überbauung mittels eines komplexen, in seinen Dimensionen gewaltigen Baukörpers vollkommen aufgelöst. Verstärkt wurde dies noch durch die an das Bibliotheksgebäude anschließende Blockbebauung in Richtung Nikolaikirche.⁴⁰ Die politisch-ideologisch motivierte Umgestaltung des Zentrums führte dabei unweigerlich vor Augen, daß weder ein befriedigendes kompositorisches Gesamtkonzept noch urbane Lebensqualität geboten werden konnte.

Im „Generalbebauungsplan“ von 1970 waren weitere „Plattenbauten“ entlang der Neustädter Havelbucht vorgesehen. Im innerstädtischen Wohnungsbau wurden zudem die Arbeiten östlich des Alten Marktes vorangetrieben, wozu ein erheblicher Bestand noch erhaltener Altbausubstanz dem Abriß preisgegeben wurde. Der Wohnungsbau sollte schließlich auch in den folgenden Jahren *das* bestimmende Element der Stadtplanung bleiben. Die mehr als zwei Jahrzehnte währende Auseinandersetzung erfuhr mit der Errichtung der Hochhausdominanten, der endgültigen Umformung des zentralen Bereichs und der verstärkten Ausrichtung auf den Wohnungsbau zum Ende der Ära Ulbricht einen gewissen Abschluß, wenngleich sich Potsdam auch in den nachfolgenden Jahren in einem ständigen städtebaupolitischen Prozeß befand.

39 Zum „Interhotel“ vgl. auch DA 11/1970, S. 668ff.

40 Vgl. dazu DA 9/1969, S. 529ff.

Das Beispiel Potsdam belegt auf sehr eindrückliche Weise den – jenseits aller Rhetorik – bedenkenlosen und verantwortungslosen Umgang der SED mit dem Wiederaufbau einer kriegszerstörten Stadt. Trotz unzähliger Planungen und verschiedener Anläufe zum Wiederaufbau ist ein gesamtstädtisch durchdachtes Konzept kaum erkennbar. Der Prozeß der Umgestaltung war von der radikalen Beseitigung des alten Stadtgefüges gekennzeichnet, was sich insbesondere an der Sprengung der Schloßruine, der Kanalzuschüttung und der Umgestaltung des historischen Straßenzuschnitts ablesen läßt. Doch auch eine mehr als zwei Jahrzehnte dauernde Planungsphase vermochte es nicht, den Verlust der historischen Substanz zu kompensieren. Die sozialistische Antwort auf den „Mythos Potsdam“ äußerte sich so vor allem in der Errichtung neuer Wohnkomplexe, die nicht zuletzt auch das industrielle Bauen in den ehemals barocken Stadtcharakter trugen.

Offensichtlich gelang es der SED dabei nicht, dem *Zentralen Platz*, den sie durch die Beseitigung des Stadtschlusses für ihren Gestaltungswillen zu erobern gehofft hatte, auch tatsächlich ein genuin sozialistisches Gepräge zu verleihen. Eine Integration kulturhistorisch wertvoller Bausubstanz in einen Wiederaufbauplan hätte gelingen können, wozu jedoch eindeutig der politische Wille fehlte. Die Unmöglichkeit, ein gesamtstädtisches Konzept zur Entwicklung eines sozialistischen Stadtzentrums in Potsdam vorzulegen, macht den widersprüchlich erscheinenden Umgang mit dem bauhistorischen Erbe erklärbar. Die Nachhaltigkeit der Beseitigungen, die eben nicht bloß Ruinengelände zur Neubebauung Platz gaben, sondern eine fundamentale Umwandlung des alten Stadtgefüges beinhalteten, belegt, daß der SED kaum an einer Wertschätzung historischer Substanz gelegen war. Ihre Antwort auf das preußische Potsdam war eine Unkenntlichmachung des historischen Erbes und ein Ersatz, der in einfallloser Stilistik sozialistische Blockarchitektur konträr zur ererbten Struktur in Szene setzte. Die Unvollständigkeit macht dabei deutlich, daß es offensichtlich nicht gelingen konnte, mit den Mitteln des industriellen Bauens und der Dogmatik sozialistischer Stadtgestaltung eine dem Raum Potsdam angemessene Baulichkeit zu vermitteln. Die wenigen Ausnahmen – wie die Wilhelm-Staab-Straße oder das Kulturhaus „Hans Marchwitza“ – konnten über diese eklatante Fehlentwicklung kaum hinwegtäuschen. Unter der Regie der SED wurde in Potsdam das nachhaltig zerstört, was nach den schweren Kriegszerstörungen gerade noch erkennbar und – zum großen Teil – wiederaufbaufähig war.